



Haushaltsrede 2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stober,
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,
liebe Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Eggenstein-Leopoldshafen

Diese Rede werden Sie wieder nur lesen können. Sie wurde nie gehalten. Dies bedauern wir Grünen zutiefst. Denn vom Reden und Diskutieren lebt die Demokratie. Jedoch wenn sich bei den Gemeinderatsitzungen, in denen die Inhalte des Haushalts besprochen wurden, nur ein Handvoll Zuschauer einfinden, die sich nur für den sie betreffenden Tagesordnungspunkt interessieren, kann man eigentlich den anderen Fraktionen zustimmen. Wieso sollten wir Gemeinderäte einander die Reden vorlesen? Letztendlich kennen wir die Positionen der anderen Fraktionen aus den nicht-öffentlichen Vorberatungen relativ gut.

Wieder beschließen wir einen Haushalt, bei dem es am Anfang der Beratungen aussah, als ob uns schwierige Diskussionen bevor stehen würden. Jedoch hat die Gemeinde 2015 finanziell mit einem guten Ergebnis abgeschlossen, sodass die diesjährigen Beratungen einigermaßen entspannt durchgeführt werden konnten.

In der vorher erwähnten Sitzung hat der Bürgermeister Einiges zum Haushalt für das laufende Jahr vorgetragen. Die geplante Zuführung vom Verwaltungshaushalts (sprich dem laufenden Betrieb der Gemeinde) zum Vermögenshaushalt in Höhe von ca. 800.000 € sei unzureichend. Dies reiche nicht aus, die Abschreibungen an Gebäuden und technischen Anlagen zu decken. Sprich, man würde den Bestand nicht ersetzen können, ohne zusätzliche Schulden machen zu müssen. Dies ist eine sehr pessimistische Sicht der Finanzen, die jedoch von den Zahlen nicht gedeckt wird. Denn was am Ende des Jahres zählt, sind nicht die Planzahlen, sondern die tatsächlich erreichten Ergebnisse. Seit 2010 (und auch davor) liegen die Ergebnisse immer deutlich höher als geplant wurde. Im Durchschnitt liegt die erreichte Zuführung 3,0 Mio. € höher (zwischen 1,9 Mio. € und 4,0 Mio. €) als geplant. Die geplanten Abschreibungen für 2017 liegen bei 2,8 Mio. €, die voraussichtliche Zuführung für 2016 bei 3,4 Mio. €. Im Zeitraum 2010 bis 2015 haben sich die allgemeinen Rücklagen von 1,8 Mio. € auf 16,5 Mio. stetig entwickelt.

Daher kann man den Haushalt mehr als zufriedenstellend betrachten, obwohl es keinen Spielraum für weitere große Prestigeprojekte gibt.

Allerdings hängt diese Entwicklung stark von der allgemeinen Konjunktur ab. Das Einkommen der Gemeinde stützt sich zum Großteil auf die Gewerbesteuer. Wenn es bei der Gesamtentwicklung der Wirtschaft einen Einbruch geben würde, sähe unser Haushalt anders aus.

Wenn man unsere ‚Reden‘ der letzten zwei Jahren ansieht, erkennt man, dass sich die Themen mit denen sich der Gemeinderat beschäftigt, in diesem Zeitraum nicht wesentlich verändert haben.

Die Verkehrssituation in der Gemeinde hat sich in der letzten Zeit nicht verbessert. Obwohl wir von Bündnis 90/Die Grünen und der AG Verkehr die Verwaltung mehrmals aufgefordert haben, die Planung anzugehen, ist hier bisher nichts geschehen. Unsere Straßen und vor allem die Gehwege werden weiterhin von parkenden Autos verstopft. Fußgänger können die Gehwege teilweise nur eingeschränkt benutzen. Eigentlich ist das Parken auf Gehwegen verboten, zumindest so lange das entsprechende Verkehrszeichen fehlt, das es ausdrücklich erlaubt. Hier wünschen wir uns mehr Kontrolle durch unsere Ordnungsvollzugsbeamten. Sie müssten präserter auf der Straße unterwegs sein und dabei auch gleich den Hundehaltern klar machen, dass Hundehaufen nicht ins öffentliche Grün gehören, auch nicht, wenn sie in den entsprechenden Tüten verpackt sind.

Um beim Straßenverkehr zu bleiben, muss man auch die Diskussionen um die zweite Rheinbrücke betrachten. Wir von Bündnis 90/Die Grünen bleiben bei unserer Feststellung, dass uns diese Brücke hier in der Region nichts außer noch mehr Verkehr bringen würde. Obwohl wir die pragmatische Lösung zum Ausbau der B36 begrüßen, wird sich diese bald als überholt erweisen, wenn noch mehr, vor allem überregionaler Verkehr in die Karlsruher Umgebung gebracht wird.

Insgesamt wurde über den aktuellen Haushalt wenig diskutiert bzw. gestritten. Ein Bereich, der im Voraus zur Diskussion stand und heftig umstritten war, ist die Festlegung der Kinderbetreuungsgebühren. Die Gebühren wurden entgegen unserer Ansicht für alle Angebote um 6 % erhöht, obwohl das durchschnittliche Nettogehalt in 2016 lediglich um 2,1 % stieg. Bei den kostengünstigeren Angeboten, z.B. Kindergarten-Regelgruppe mag diese Erhöhung gerade noch verkraftbar sein. Wer jedoch auf die Ganztagskrippe angewiesen ist, muss jetzt 447 € bezahlen. Damit gehört Eggenstein-Leopoldshafen zu den Gemeinden in der Umgebung mit den höchsten Gebühren. Karlsruhe z.B. verlangte in 2016 für ein ähnliches Angebot 326 €. Hinzu kommt das Essen mit 72 € im Monat, d.h. der Ganztageskrippenplatz kostet insgesamt 519 €. Das ist viel Geld für eine Familie mit kleinem Einkommen, vor allem aber für Alleinerziehende.

Dabei werden gerade diese Tageskrippen vom Land mit bis zu 51 % der Kosten kräftig subventioniert. Wenn die Verwaltung von einem angestrebten Kostendeckungsgrad von 20 % durch die Gebühren spricht, entsteht leicht der Eindruck, dass die Gemeinde auf den restlichen Kosten von mehr als 80 % sitzen bleibt. Dies ist definitiv nicht der Fall.

Die Kostendeckung wird erschwert durch die derzeitige Regelung für Familien mit mehreren Kindern, die Einrichtungen der Gemeinde besuchen. Hier zahlt das älteste Kind voll und die jüngeren bekommen einen Rabatt. Dies kann zum Beispiel bedeuten, dass wenn das älteste Kind bereits in der Schule ist und in der Kernzeitbetreuung angemeldet wird, hierfür 64 € im Monat bezahlt. Das zweite Kind geht in die Frühgruppe der Kita, die normalerweise 133 € kostet, bekommt jedoch einen Rabatt von 40 % und zahlt tatsächlich nur 80 €. Wenn nun das dritte Kind in die Ganztagskrippe geht, bekommt es einen 100%igen Rabatt und zahlt nichts für die Leistung, die im Bereich der Kinderbetreuung die teuerste ist. Die Kinderbetreuung der ganzen Familie kostet somit 144 € (ohne Essen), was deutlich billiger ist als für ein Einzelkind, das in die Ganztagskrippe geht. Wir sind zwar für die finanzielle Entlastung von Familien mit mehreren Kindern, finden aber, dass dieses System so nicht gerecht ist. Gerechter wäre es wenn, wie eher üblich, die Basis das teuerste Angebot bildet. In

dem oben aufgeführten Beispiel würde die Familie dann 527 € zahlen. Wir haben die Verwaltung gebeten, dieses Model zu überprüfen und auch andere Einsparungen bei den Betreuungsangeboten zu identifizieren und zu prüfen.

Ein anderes Beispiel, das die Verwaltung auf unsere Anfrage hin überprüft, sind die Gebühren für die Hallen, sowohl die Sport- als auch die Kulturhallen der Gemeinde. Hier ist der Kostendeckungsgrad kaum messbar. Im Jahr 2015 wurde ein Kostendeckungsgrad von unter 20 % erreicht. Hierbei werden in der Kostenkalkulation auch die sog. internen Verrechnungen berücksichtigt, sprich Nutzungen von der Gemeinde selbst. Wenn man nur Gebühren von Dritten, z.B. Vereinen, Firmen und Einzelpersonen betrachtet, liegt die Kostendeckung bei nur 5 % (das Hallenbad bei 11 %). Diese Deckungsgrade ergeben sich nach der Rechnungsmethode, wie sie für die Kinderbetreuung angewendet wurde.

Auch wir von Bündnis 90/Die Grünen sind für die Unterstützung der Vereine. Allerdings muss man sich über Folgendes klar werden: Man schickt sein Kind in eine Ganztagskrippe, um arbeiten zu können, sprich seine Existenz zu sichern. Demgegenüber sind sportliche oder kulturelle Tätigkeiten Freizeitaktivitäten. Man kann erwarten, dass die Beteiligten hierfür einen angemessenen Beitrag zum Unterhalt der Räumlichkeiten und Anlagen bezahlen.

Ein weiteres Thema, das uns seit langem beschäftigt, ist die Gestaltung eines zukünftigen Neubaugebietes. Die Gemeindeverwaltung hat ein Ingenieurbüro beauftragt, ein Konzept für die Bebauung von N5, das ist die freie Fläche nördlich des Spöcker Wegs, zu erstellen. Dieses Konzept soll der Öffentlichkeit vorgestellt werden, bevor Entscheidungen zur Umsetzung getroffen werden. Wir wollen, dass ökologische und soziale Belange bei der Gestaltung dieses Baugebiets berücksichtigt werden. Zum einem verlangen wir, dass die Häuser bezüglich des Energieverbrauchs optimiert werden. Ideen wie ein Blockheizkraftwerk oder einen Wärmespeicher, wie er im Schulzentrum realisiert wurde, würden wir gern implementiert sehen. Auf der anderen Seite wollen wir in einer Zeit der rapid steigenden Mietpreise auch erschwinglichen Wohnraum schaffen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass hier Angebote für sozialen Wohnungsbau Berücksichtigung finden, da auch in unserer Gemeinde hierfür Bedarf besteht.

In diesem Zusammenhang muss die Überarbeitung des Flächennutzungsplans für den Nachbarschaftsverband Karlsruhe erwähnt werden. Die Region Karlsruhe ist schon attraktiv und, im Gegensatz zu vielen anderen Gebieten in der Bundesrepublik, ziehen viele Leute hierher. Das bedeutet, es wird Druck auf die Nachbargemeinden der Stadt ausgeübt, neue Wohngebiete auszuweisen. Da wir in Eggenstein-Leopoldshafen relativ wenig geeignete Flächen besitzen, sollten wir als Gemeinde hier behutsam vorgehen, obwohl die Erstellung eines Neubaugebiets für die Gemeinde durchaus finanziell interessant ist. Für uns hat, nach wie vor, der Erhalt der Natur Vorrang.

Ein Thema, das augenblicklich in aller Munde ist, betrifft die Strommasten mit den Leitungen, die durch die Gemeinde, an Viermorgen III vorbei und durch den Bürgerpark führen. Die Strommasten waren dort lange bevor das Gebiet bebaut wurde. Die Trasse wurde leicht verändert und 2 Masten

umgesetzt, um Viermorgen III bebauen zu können. Jetzt will TransnetBW, eine Tochter der EnBW, eine zusätzliche 380 kV-Leitung durch die Gemeinde führen. Hierzu stehen zwei Alternativen zur Diskussion. Die erste ist die bestehende Trasse mit neuen, höheren Masten zu ertüchtigen. Die andere Alternative ist eine neue Trasse parallel zur B36 zu bauen. Diese zweite Lösung ist auch unsere Wahl. Sie macht aber nur wirklich Sinn, wenn alle der bestehenden Leitungen umgelegt werden. Dies würde den Gesundheitsaspekten Rechnung tragen, aber auch das Ortsbild in Leopoldshafen deutlich aufbessern.

Ein anderes großes Projekt ist der Neubau des Wasserwerks Tiefgestade. Obwohl einige von uns Grünen das Wasserwerk am Rhein nicht wollten, wir hätten andere Lösungen bevorzugt, ist der Neubau des Wasserwerkes unumgänglich. Eine Sanierung bzw. Renovierung der bestehenden Anlage macht technisch und wirtschaftlich keinen Sinn. Wir werden uns dafür einsetzen, dass hier Aufbereitungsverfahren nach den neuesten Regeln der Technik realisiert werden.

Die Diskussion um die Unterbringung von Flüchtlingen hat sich deutlich entspannt seit die Zahlen deutlich zurückgegangen sind. Aufgrund der Möglichkeit, die Anschlussunterbringung am Schröcker Tor mit der Gemeinschaftsunterkunft zu kombinieren, musste keine zusätzliche Fläche für die Aufstellung von Wohncontainern hergerichtet werden. Die Anschlussunterbringung in der Kruppstraße konnte in Ruhe fertig gestellt werden und blieb im finanziell gesteckten Rahmen. Da die weitere Entwicklung der Flüchtlingszahlen kaum zu prognostizieren ist, wird am Hagsfelder Weg die Möglichkeit der Errichtung weiterer Anschlussunterbringungsbauten geschaffen.

Eins hat uns letztes Jahr im Gemeinderat enttäuscht. Das Gremium hat sich die Gelegenheit, mehr Transparenz in den Entscheidungsprozess zu bringen, vergeben. Mit der Neufassung der Gemeindeordnung hat die Landesregierung den Kommunen die Möglichkeit gegeben, die Öffentlichkeit der Ausschüsse zu regeln. Wir wollten, dass grundsätzlich alle Ausschüsse öffentlich sind. Nur bei z.B. personenbezogenen Informationen oder bei Diskussionen um Verträge wäre die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Leider hat dies keine Mehrheit gefunden.

Unser Wunsch ist es, dass sich die Öffentlichkeit mehr für die Arbeit im Gemeinderat interessiert. Wir von Bündnis90/Die Grünen werden uns Gedanken machen, wie wir das konkret umsetzen werden und hoffen, dass sowohl die anderen Fraktionen als auch die Verwaltung dies ebenso angehen wollen.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN stimmen der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan sowie den Wirtschaftsplänen für die Eigenbetriebe „Wasserversorgung“ und „Abwasserbeseitigung“ für das Jahr 2015 zu.

An dieser Stelle möchte ich mich im Namen der Fraktion bei Bürgermeister Stober und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung für die gute Zusammenarbeit und bei den Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für die angeregten Diskussionen bedanken.

Dr. David Spelman-Kranich